

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben

Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Preis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
 Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Charlottenburg
 Redaktion und Expedition: Berlin O. 7, Schillerstraße 8
 Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 63

Interrationspreis:
 Geschäftsanzahlungen fallen die schlagende Postzeit (1) Pfenning
 Schluss für Internat.: Montag früh 3 Uhr.

Agitation ist jetzt die Pflicht aller! Jedes Mitglied muß mithelfen, den Zustand schleunigst zu erreichen:

Kein Unorganisierter mehr in den Betrieben!

Deutsche und englische Löhne und Lebensmittelpreise.

Zu der „Allgemeinen Brauer- und Hopfen-Zeitung“ Nr. 5 vom 7. Januar schreibt Herr Heinrich Göhring, Bremerhaven, über den „Zusammenbruch von Industrie und Gewerbe . . . im neuen Deutschland“ folgendes:

„Von jeher hat Deutschland bezüglich der Entlohnung seiner Arbeiterklasse eine führende Stellung unter allen Ländern Europas eingenommen. . . . Während des Krieges hatte Deutschlands Industrie und Gewerbe nach einer Erhebung des Statistischen Amtes im „Reichsarbeitsblatt“ (Jahrgang 16, Seite 297) in der Zeit vom März 1914 bis zum September 1917 eine Steigerung des Durchschnittslohnes von etwas über 100 Proz. — Spezialarbeiterlöhne sogar bis zu 400 Proz. — zu verzeichnen. Wie hat sich nun demgegenüber die Lohnfrage bei unserem Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt — bei England — gestaltet? Nach Mitteilungen der „Labour Gazette“ (Jahrgang 23, 24, 25 und 26) stiegen in der Zeit vom Juli 1914 bis zum Juli 1918 die durchschnittlichen Löhne der industriellen und gewerblichen Arbeiter — ohne Bergbau und Metallindustrie — um 29 Proz. Den üblichen Tagelöhnen von 13, 14, 15 und 18 Mk. in den kriegsindustriellen Betrieben Deutschlands stehen solche der entsprechenden Betriebe Englands von 8, 9, 10 und 12 Sh. (das ist 8, 9, 10 und 12 Mk.) gegenüber. Spezialarbeiterlöhne von 28, 30, 32 Mk. für den Tag, wie sie beispielsweise in Berlin und Umgebung gezahlt wurden, gehören in England ins Reich der Phantasie. Während in England nun bei den Verhandlungen der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in der Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden besonders die Arbeitervertreter nach Mitteilungen von „Times“, „Daily Telegraph“, „Manchester Guardian“ usw. im Interesse des künftigen Wettbewerbes der englischen Industrie und des englischen Gewerbes auf dem Weltmarkt eine recht verächtliche Stimmung an den Tag legten und sogar bedeutungsvolle Konzeptionen machten, treibt in Deutschland zurzeit eine Lohnbewegung die andere. Eine unbearbeitete und durch nichts zu begründende Lohnforderung löst die andere ab . . .“

Wir setzen als richtig voraus, daß die Steigerung des Durchschnittslohnes vom März 1914 bis September 1917 in Deutschlands Industrie und Gewerbe „etwas über 100 Proz.“ — nach Göhring betragen habe. Da Herr Göhring aber auch über Steigerung der Spezialarbeiterlöhne „sogar bis 400 Proz.“ berichtet, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß eine entsprechende Anzahl Arbeiter weit unter 100 Proz. Lohnsteigerung geblieben sind. Namentlich ist das für September 1917 für unsere Berufsarbeiter zu konstatieren. Es genügt aber nicht, die Löhne allein im Vergleich zu stellen; um ein richtiges Bild zu erhalten, muß man auch schon die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die von den Löhnen zu beschaffen sind, gegeneinander halten. Und da erzählt uns ein kürzlich aus England gekommener Deutscher folgendes:

„Man zahlt in England: für ein englisches Pfund Butter 3 Mk., Margarine 1 Mk., Tee 2,50 Mark, Kaffee 1,80 Mk., ein Euhn 2,50 Mk., 1 Liter Milch 2 Penn., für ein paar Lederschuhe für Herren 18 Mk. Ein wollener Anzug kostet 40 Mk., ein steifer Hut 3 Mk., ein schwerer wollener Ueberzieher 45 Mk., ein weißer Kragen 80 Pf., ein Vorhemd 1,30 Mk., ein Damenkleid für den Mittelstand 60 Mk., ein Damenhut 6 Mk., Petroleum 1 Liter 15 Pf. Butter, Fleisch, Schmalz und Zucker gibt es auf Karten. But. pro Woche 1 1/4 englisches Pfund pro Stoff, Schmalz 1/2 Pfund, für Kinder Fleisch bis zu

6 Jahren 1 Pfund, über 6 Jahre 2 Pfund, Kartoffeln waren nur auf kurze Zeit rationiert. Auf den Bahnhöfen gab es eine große Tasse echten Tee mit Milch und Zucker für 8 Pf., zwei große Brötchen erhöhten den Preis auf 16 Pf.“

Was man in Deutschland für derlei Sachen zahlt, was man an rationierten Waren erhält und um wieviel das Volk auf Schleichhandelsware angewiesen ist und zu welchen Preisen, brauchen wir nicht näher zu erörtern; diese Schleichhandelspreise gehören ganz gewiß ins Reich der Phantasie. Wenn man also neben den Löhnen auch die Warenpreise zum Vergleich heranzieht, dann verdirbt sich das Bild ganz erheblich zu Ungunsten der deutschen Arbeiter.

Ein Mahnruf.

Vom Arbeiter- und Soldatenrat Freiburg i. S. erhalten wir: Nachstehendes mit der Bitte um Aufnahme:

Die Revolutionserfolge sind in Gefahr, wenn nicht jeder einzelne produktive Arbeiter leistet. Arbeit ist jetzt die Parole! In der Landwirtschaft, im Bergbau und Transportwesen wird jeder einzelne gebraucht. Unsere Wirtschaftslage, ihr kennt sie! Wir haben keine Rohstoffe, und wir brauchen sie. Wir werden sie aber bezahlen müssen. Wir haben nur geringe Vorräte an Lebensmitteln, wir müssen sie einführen und werden sie teuer bezahlen müssen. Wir haben eine gewaltige Schuldenlast, sie wird sich durch die Forderungen der Feinde noch erhöhen, und wir haben kein Geld! Wir haben Papiergeld und können noch mehr Noten drucken, aber jeder Tausendmarkschein mehr entwertet unser Geld im Ausland, drückt die Baluta mehr herunter, zwingt uns, für jeden Artikel das Drei- und Vierfache des eigentlichen Tauschwertes zu zahlen. Hunderttausende von Arbeitskräftigen müssen feiern, müssen als Arbeitslose unterstützt werden, wenn die Kohlen, die wir noch haben, nicht gefördert werden, wenn nicht jeder einzelne seine Arbeitskraft dem Transportwesen, der Landwirtschaft zur Verfügung stellt, damit die Betriebe aller Art im Gang bleiben können.

Die Sozialisierung der Betriebe soll und muß in eurem Interesse durchgeführt werden. Sie kann nicht gelingen, wenn ihre Rentabilität, ja ihre Existenz in Frage gestellt wird. Deshalb, alle, die ihr mitarbeiten wollt an unserer Zukunft, an dem Zustandekommen der sozialistischen Republik, leistet die Arbeit, die unbedingt notwendig ist! Uebersehät nicht den Wert des Geldes, das sich in Privathänden befindet. Gewiß, es soll und muß zum größten Teil der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden. Fordert es, es ist euer Recht, aber glaubt nicht, damit unsere drückenden Lasten aufheben zu können! Ihr fordert Lohn erhöhungen, denn ihr wollt mit Recht den Nutzen eurer Arbeiten selbst genießen, wollt nicht mehr eure Kraft für andere, die oft nicht mitarbeiten, vergeuden. Ihr wollt eine gerechtere Verteilung der Gewinne und Lasten. Das ist eine billige Forderung. Ihr fordert Lohn erhöhungen, denn das Leben ist teuer. Aber denkt ihr auch daran, daß eine übermäßige Lohnsteigerung die Produktionskosten erhöht, so daß automatisch die Preise der Konsumtionsmittel steigen? Denkt ihr daran, daß ihr morgen wieder mehr fordern müßt, wenn ihr heute durchgedrungen seid, nur um das Gleichgewicht zu erhalten? Denkt ihr daran, daß wir unter solchen Umständen in einigen Wochen vollständig abgewirtschaftet haben?

Wir können so allerdings dem Kapitalismus in eigenen Lande den Garaus machen. Denkt ihr aber auch daran, daß ihr selbst dabei verarmt, eure Kinder und Kindeskinde darunter noch leiden müssen? Wie können wir sozialisieren, wenn wir nicht nur die Erträge bergesellschafteter Betriebe verbrauchen, son-

dern auch das Kapital, das wir nötig haben zum Betrieb, und wenn wir sogar die Produktionsmittel selbst angreifen und verschleudern? Ohne Handwerkszeug kann keine Arbeit geleistet werden. Und Werte können nur durch Arbeit geschaffen werden.

Fordert die sofortige Regulierung und Herabsetzung der durch den Schleichhandel zu unerwünschter Höhe hinaufgetriebenen Lebensmittelpreise und notwendigen Bedarfsartikel! Aber leistet jetzt jede Arbeit, wo immer sie zu leisten ist! Im Felde habt ihr die schwersten Arbeiten verrichten müssen für das alte System, d. h. gegen euch selbst. Jetzt leistet die Arbeit, die zur Durchführung der sozialistischen Republik notwendig ist, um euer selbst willen! Eure Kinder und Kindeskinde werden dann das Reich der Gerechtigkeit bewohnen, das wir ersehnen und nur so ihnen schaffen können.

Internationales Arbeiterrecht.

I.

Als 1914 plötzlich der Krieg über die Völker Europas hereinbrach, da stürzten alle Brücken ein, die vorher die geistigen Verbindungen von Volk zu Volk dargestellt hatten. In den vorhergehenden Jahrzehnten hatten auf den verschiedenartigsten Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens vielfache Annäherungen, Erörterungen und Verständigungen zwischen den Vertretern der einzelnen Völker stattgefunden. Es gab einen Weltpostverein, der wechselnd in den verschiedenen Hauptstädten der europäischen Länder tagte, bei welchen Zusammenkünften die politischen Vertreter der meisten europäischen und außereuropäischen Länder die großen Fragen des Weltverkehrs erörterten und internationale Vereinbarungen trafen. Es gab wissenschaftliche Kongresse, die von den hervorragendsten Gelehrten aller Länder besucht wurden und auf denen ein reger Austausch der Meinungen schließlich zu einer vielfachen Annäherung auf geistigen und praktischen Gebieten führte. Für Industrie und Handel waren im internationalen Verkehr zahlreiche Berührungspunkte gegeben und die wirtschaftlichen Interessen sowie die Notwendigkeiten der fortwährenden Entwicklung des Weltverkehrs und Weltverkehrs führten hier von selbst zu einer persönlichen Annäherung der Betriebsleiter und der Vertreter des Handels.

Aber auch zwischen der Arbeiterklasse der meisten Kulturländer hatten sich gewisse internationale Annäherungen und Verständigungsmöglichkeiten herausgebildet, indem auf den internationalen Kongressen die politischen und gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiter zur Erörterung der Arbeiterfragen, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zusammentraten.

Auf allen diesen Kongressen, waren sie wissenschaftlicher, wirtschaftlicher oder verkehrstechnischer Art, ist für die Kulturmenichkeit manche Arbeit von hohem Wert geschaffen worden und manche internationale Vereinbarungen, namentlich auf dem Gebiete des Verkehrswezens, haben zweifellos für alle beteiligten Völker einen hoch zu veranschlagenden wirtschaftlichen Nutzen mit sich gebracht.

So hat vor dem Kriege auf den verschiedenartigsten Gebieten des Völkerebens zweifellos ein zielbewußter, zur Verständigung und zum Ausgleich der Interessen führender Internationalismus manche geistigen Berührungspunkte und manche vorteilhaften Vereinbarungen geschaffen. Und es muß hier besonders darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur die Vertreter des geistigen Lebens und der oberen Gesellschaftsschichten waren, die eine internationale Fühlungnahme suchten und verwirklichten, sondern daß die Idee der internationalen Verständigung und Verbrüderung

ganz besonders in der Arbeiterschaft stark verbreitet war und hier als eine der ersten und wichtigsten politischen Forderungen galt.

Aber die Tatsache läßt sich nun einmal nicht weglegen, daß alles, was vorher irgendwie zu einer Annäherung der Völker geführt, zu einer internationalen Verständigung gedient hatte, bei Ausbruch des Krieges plötzlich abgebrochen und zerstückelt war und daß der Internationalismus in jeder Form von der Katastrophe des Zusammenbruchs ereilt wurde. Der Nationalismus hatte sich unter den Wirkungen der Kriegsepidemie in allen Ländern zur nationalpolitischen Verbeugung gesteigert und die Völker in einen Haß und eine Kriegsbegeisterung hineingehiebt, die bei objektiver Betrachtung doch jeder Notwendigkeit und Logik entbehrten. Aber das Bedauern über diese Vorkommnisse hilft uns nicht über die historische Tatsache hinweg, daß bei Ausbruch des Krieges alle internationalen Annäherungsmöglichkeiten plötzlich vernichtet waren. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß der Internationalismus auf der ganzen Linie zusammenbrach und der Nationalismus schreibbar unüberwindliche Schranken zwischen den feindlichen Völkern zog.

Der Krieg hat nun mit unserer Niederlage geendet und bis jetzt liegen kaum irgendwelche Anzeichen dafür vor, daß bei den Siegern eine Neigung dafür besteht, sich uns auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten anders als in der Eigenschaft des fordernden und beherrschenden Siegers zu nähern. Muß Deutschland für alle Zukunft die Hoffnung auf geistigen Verkehr, auf Gütertausch und auf ein erträgliches politisches Verhältnis mit den anderen Völkern aufgeben? Soll das unheilvolle Wort aus der Antike - „Beide den Besiegten“ - auch heute noch eine Verurteilung haben?

Der Krieg hat in vielfältiger Weise den Beweis erbracht, daß wir in unseren wirtschaftlichen Lebensbedingungen auf den Güterverkehr mit der Außenwelt dringend angewiesen sind, daß wir Ein- und Ausfuhr für Rohstoffe und Fertigwaren haben müssen, um unser Volk von 70 Millionen lebenskräftig erhalten zu können. Würden wir dauernd von der Außenwelt und vom internationalen Verkehr so abgeschnitten werden, wie es seit Kriegsbeginn bereits geschieht, so würden wir auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens verkommen, Armut und Verelendung würden mehr und mehr um sich greifen und es braucht nicht noch ausführlich erörtert zu werden, daß besonders die deutsche Arbeiterschaft unter einem solchen Zustand der Rückwärtsentwicklung zu leiden hätte.

Aber nicht alle Hoffnung auf die deutsche Zukunft erlischt, muß daher an dem Glauben einer kommenden Verständigung und wirtschaftlichen Annäherung der gegeneinander gebeizten Völker festhalten und schließlich alles tun, was zu einer Sühnlungnahme und Wiederaufnahme der früheren Beziehungen führen kann. Ganz besonders erwächst hier der Arbeiterschaft und ihren Führern eine wichtige und dringende Aufgabe.

Und zum Glück erweist es sich jetzt, nachdem die Massen ruhen, daß der Krieg nicht alle Möglichkeiten für eine internationale Kulturgemeinschaft vernichtet hat, daß der Internationalismus nicht so ganz hoffnungslos am Boden liegt, als es unter den Einwirkungen der Kriegsepidemie den Anschein hatte. Die ersten leichten Möglichkeiten für eine spätere Verständigung zwischen den feindlichen Völkern sind entweichende Annäherungen regen sich, und daß die Anregungen hierzu von der Arbeiterschaft aller Kulturländer ausgehen, ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterfrage eine Weltfrage von überragender Bedeutung ist. Trotz aller nationalpolitischen Verbeugung, die zeitweilig, wie dieser Krieg bewies, allerdings große Versäumnisse und Entfremdungen zeitigen kann, werden die Arbeiter aller Länder doch immer wieder zu der Erkenntnis kommen, daß sie in ihren wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen auf dem Boden gemeinsamer Interessen stehen und daß eine solidarische internationale Interessenvertretung notwendig ist, um dem internationalen Kapitalismus gegenüber die Lebensbedingungen der Arbeiter in allen Ländern zu verbessern und zu heben. Wenn diese Erkenntnis sich in der Arbeiterschaft allenthalben weiterhin vertieft und erweitert, so ist damit auch die Möglichkeit der Vermeidung von Kriegen zukünftig in weit höherem Grade gegeben, als es in der Vergangenheit der Fall war. Und nach der gewaltigen Erschütterung, die der Krieg im Leben aller beteiligten Völker zeitigte, namentlich aber im Hinblick auf die politische Umwälzung in Deutschland, besteht eine starke Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Völker, insbesondere aber auch die Arbeiterklassen, in Zukunft bei der Entscheidung über Krieg und Frieden ein stärkeres Wort mitzureden haben werden, als bisher.

Jetzt aber gilt es, auf den Trümmern des Krieges ein neues Leben aufzubauen, die zerstörten Beziehungen der Völker wieder anzuknüpfen, einen neuen Internationalismus auf allen Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens aufzuführen und von den Regierungen aller Länder Maßnahmen zu verlangen, die der Tatsache entsprechen,

daß die Arbeiter der ganzen Welt gemeinsame sozialpolitische Forderungen haben. Die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft drängen zum Verhandlungsgang, um dem die Verständigung und die internationale Vereinbarung in gewissen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen erzielt werden muß.

Es ist eine unabwiesliche Notwendigkeit, daß den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft bei den kommenden Friedensverhandlungen Rechnung getragen wird und daß die vertragschließenden Mächte in den Fragen des Arbeiterrechts und der sozialpolitischen Gesetzgebung dort zu einer Verständigung kommen, wo eine internationale Basis und eine gewisse Gleichartigkeit der Einrichtungen und Maßnahmen möglich ist.

Trotz der Verwirrung und Bedrückung des Krieges sind die Vorarbeiten zur Lösung dieser Fragen schon beträchtlich vorgeschritten und es liegt hierzu der folgende Sachverhalt vor:

Die Forderung nach einem „Weltarbeiterrecht“ ist von den Arbeiterorganisationen schon vor dem Kriege erhoben worden und trotz aller durch den Krieg verursachten Störungen haben sich die Arbeiterverbände nicht nur weiterhin mit dieser Frage beschäftigt, sondern es liegen vielmehr Beweise dafür vor, daß gerade unter den Einwirkungen des Krieges in der Arbeiterschaft der ganzen Welt sich die Erkenntnis für die Notwendigkeit der Schaffung eines Weltarbeiterrechts und für internationale sozialpolitische Maßnahmen erheblich gesteigert hat. So haben schon zu Beginn des Weltkrieges die amerikanischen Gewerkschaften die Forderung erhoben, daß die Arbeiterschaft ihre sozialpolitischen Interessen beim Abschluß des Friedens geltend machen müsse. Dieses Verlangen ist von der Arbeiterschaft aller Länder, der Entente sowohl wie der Mittelmächte und der Neutralen, aufgenommen worden. Es liegen starke Anzeichen dafür vor, daß die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Englands gewillt ist, bei den Friedensverhandlungen ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Was die Arbeiter der genannten Länder an in den Programmen von Veds und Versa zum Ausdruck gebracht. In Frankreich hat die sozialistische Mehrheitspartei für die bei den Friedensverhandlungen zu vertretende Sozialpolitik die folgenden, sich an die Programme von Veds und Versa anschließenden Forderungen aufgestellt:

A. Proklamation des Willens der Vertragsmächte, durch eine internationale Gesetzgebung zu verwirklichen: Menschliche Arbeitsbedingungen durch Schutz des allgemeinen und gewerblichen Unterrichts der Kinder, der Mutterkraft, des Familienlebens, der physischen und moralischen Gesundheit und durch Entwicklung der Bevölkerung. Folglich spricht sich der Friedensvertrag aus:

1. Für die Reformen, die die Konferenz von Bern im Jahre 1913 angenommen hat: Unterdrückung der Nacharbeit der jungen Industriearbeiter, die Festsetzung des Jahrestages für die Frauen und für die jungen in der Industrie beschäftigten Arbeiter.

2. Die unter B vorgesehene internationale Arbeitskonferenz, prüft folgende Reformen: Verbot der Lohnarbeit für Kinder unter 14 Jahren, Beschränkung des Arbeitstages für Erwachsene, sofortige Einführung des Achtstundentages in den Tag und Nacht arbeitenden Fabriken und in den Bergwerken, in jeder Woche eine Ruhepause von einunddreißig Stunden, Organisation und Gegenwirkung der Krankenversicherung, Invaliden- und Altersversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsbeschäftigung, Gleichheit des Lohnes und der Arbeitsbedingungen zwischen ausländischen und inländischen Arbeitern.

B. Einrichtung einer periodischen internationalen Arbeitskonferenz zwischen den Vertragsmächten, zu der die Staaten, die den Vertrag nicht unterzeichnet haben, Zutritt haben, und welche Delegierte der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen umschließt.

Der Zweck dieser Konferenz soll sein, durch fortschreitende Verträge die internationale Arbeitergesetzgebung zu entwickeln. Sie hat aus sich heraus eine Kommission oder einen Schiedsgerichtshof zu bilden, vor den alle sich erhebenden Streitigkeiten zwischen den Vertragsnationen über die Anwendung des Übereinkommens zu bringen sind.

Weitergewährung von Wochenhilfe nach Entlassung aus dem Kriegsdienst. Nach einer neuen Verordnung vom 21. Dezember 1918 besteht der volle Anspruch auf Wochenhilfe aus Mitteln des Reichs auch dann, wenn der Kriegsteilnehmer aus dem Kriegsdienst erwerbsfähig entlassen ist und die Entbindung innerhalb sechs Wochen nach der Dienstenklaffung eintritt. Diese Verordnung ist mit dem 27. Dezember 1918 in Kraft getreten; sie gilt aber auch für diejenigen zurückliegenden Fälle, in denen die Entbindung nach dem 3. Oktober 1918 stattgefunden hat. In den Fällen, in denen die Entbindung vor dem 4. Oktober 1918 stattgefunden hat, würde also der Anspruch auf die Leistungen der Reichswochenhilfe mit dem Tage der Entlassung aus dem Kriegsdienst endigen, wenn der Mann arbeitsfähig ist. Um nun Särten, die sich bei einer allzu strengen Auslegung dieser Regel gegenüber den vorgenannten Bestimmungen herausstellen würden, auszugleichen, soll nunmehr auch bei Entbindungen vor dem 4. Oktober 1918 eine Behinderung des Vaters durch den Kriegsdienst an-

erkannt werden so lange, bis dieser eine berufliche Tätigkeit wieder hat aufnehmen können, so daß also für diese Zeit die Wochenhilfe aus Mitteln des Reichs weiter zu gewähren ist. Vor dem 4. Oktober 1918 entbundene Wehrmänner, denen wegen Rückkehr des Vaters aus dem Heere bisher die Reichswochenhilfe entweder gar nicht oder nur teilweise gewährt werden konnte, können gegebenenfalls erneut bei der für sie zuständigen Stelle ihren Anspruch geltend machen.

Wiedereinführung der Sklaverei in Frankreich.

In Frankreich schmachten noch etwa 200 000 gefangene Deutsche, die trotz des Waffenstillstandsvertrags nicht freigelassen werden, während die in Deutschland gefangen gewordenen Angehörigen der Wehrmacht bereits am 13. Januar vollständig abtransportiert waren. Bei dem Abschluß des Waffenstillstandsvertrags weigerten sich insbesondere die Franzosen, die Gefangenentausch anzuerkennen, so daß in der Tat eine ganz einseitige Benachteiligung der deutschen Kriegsgefangenen anerkannt worden ist. Die Franzosen teilten damals nicht mit, was sie mit den deutschen Kriegsgefangenen im Sinne hatten. Aber bereits damals lag uns eine Meldung aus dem neutralen Ausland vor, wonach die französische Regierung sich mit dem Plan trau, deutsche Kriegsgefangene in Sklavereiarbeiten in Nordfrankreich zu verwenden. Wir dachten damals diese Meldung für so ungeheuerlich, daß wir an die Möglichkeit ihrer Durchführung nicht glaubten und sie deshalb der Öffentlichkeit noch nicht unterbreiteten. Jetzt gehen aber neue Meldungen ein, und zwar diesmal in so bestimmter Form, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

Der französische Ministerrat hat Anfang Januar tatsächlich beschlossen, die deutschen Kriegsgefangenen zu Wiederbeschäftigungsarbeiten in den verödeten Departements zu verwenden. Der Abtransport hat bereits begonnen; am 20. März sollen in den nordfranzösischen Kriegsspätorten mindestens 200 000 Kriegsgefangene zusammengebracht sein, um bei den Aufbaum- und Wiederbeschäftigungsarbeiten Beschäftigung zu finden. Die uns vorliegende weitergehende Meldung über eine vorläufige Verwendung der Kriegsgefangenen auf eine Zeit von 2 Jahren wird von französischer Seite einseitig noch beschränkt, aber man weiß in Frankreich doch bereits darauf hin, daß auch diese Angelegenheit bei den Friedensverhandlungen zur Sprache kommen könnte. Darin liegt schon eine indirekte Anerkennung der Möglichkeit dieser verbrecherischen Politik, die 200 000 und mehr deutsche Kriegsgefangene auf Jahre in französische Sklaverei weicht, ohne daß die zivilisierte Welt sich gegen die Verewaltung des Rechts und der Ethiklichkeit empört zur Wehr setzt.

Französische Militaristen erklären fühlen Mutes, diese Deutschen seien in den zerstörten Gebieten zusammenzuschieben, um all das wieder aufzubauen, was die Deutschen dort „demoliert“ hätten. Ueber die Frage der Wiederherstellung Nordfrankreichs und auch einzelner Teile Belgiens, die durch den Krieg gelitten haben, wird in dem Friedensvertrag zu sprechen sein. Eine solche Politik ist bereits in dem Wilsonschen Kratam enthalten oder angedeutet, das von allen Kriegführenden akzeptiert ist. Aber es heißt bis jetzt nirgends geschrieben, daß Deutschland allein die Demolierungen in dem Kriegsgebiete bezahlen hat, es ist vielmehr eine unerschreibliche Tatsache, daß die dort kämpfenden Armeen aller Kriegführenden an der militärischen Zerstörung des Landes beteiligt waren. Franzosen und Engländer haben französische Städte dem Erdboden gleich gemacht, ebenso wie bei deutschen Angriffen die deutsche Artillerie ähnliche Verwüstungen angerichtet hat. Es ist also eine Unverschämtheit sonderalichen, nur den Deutschen die Verantwortung und die Pflicht zur Wiederherstellung aufzubürden. Und es ist geradezu unmenslich, mit unsrer in Frankreich gefangen gehaltenen Volksliste ohne eine Spur von Recht zu beurteilen, als Väter für die Kriegsverbrechen aller Nationen dort früher oder später ihre Tage in Sklaverei zu beschließen.

Wir bestreiten entschieden, daß den Franzosen auch nur ein Funken sittlichen Rechts zusteht, unsere Kriegsgefangenen in dieser Weise zu behandeln. Die Gefangenhaltung von Soldaten des anderen kriegführenden Teils erfolgt während des Krieges, um zu verhindern, daß der Feind, mit dem man auf Tod und Leben kämpft, militärischen Fortschritts erhält, also eine Stärkung seiner Kräfte erfährt. Ausschließlich von diesem Standpunkte ist auch in dem großen Weltkriege die Kriegsgefangenenfrage beurteilt, was dadurch bewiesen ist, daß wiederholt Austauschverträge zwischen der deutschen und englischen sowohl als auch der französischen Regierung abgeschlossen wurden, nach denen invalide oder überhaupt kriegsuntaugliche Kriegsgefangene und Zivilinternierte Kopf um Kopf ausgetauscht wurden. Die einfachste Gerechtigkeit hätte geboten, daß der Waffenstillstandsvertrag einen ebenfalschen Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen geregelt hätte, und wenn schon die Gegner glaubten, die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen erst dann erfolgen lassen zu können, wenn ihnen die Sicherheit abolen gegeben, daß Deutschland die Feindschaften nicht wieder eröffnen könnte, so ist diese Sicherheit ihnen jetzt seit mindestens 2 Monaten schon geboten.

Aber darum kümmert sich die französische Reaktion nicht. Sie beritt damit freilich nur Völkern, die in Frankreich seit alterherber herangezogen worden sind. Zwar erklärte in der großen französischen Revolution der Konvent von 1794 die Sklaverei für abgeschafft. Das hinderte aber den Napoleonischen Kaiser nicht, für 1802 wieder durch einfache Verordnung einzuführen, und als im Jahre 1814 nach seiner Niederlage England von den Franzosen die Abschaffung der Sklaverei verlangte, vertrat der französische Gesandte Caulaincourt folgenden Standpunkt:

„In dem Artikel, der England am meisten angeht, befindet sich eine Klausel die uns zwingt, den Sklavenhandel abzuschaffen; eine solche Klausel paßt sehr gut in den Vertrag mit Dänemark, aber nicht mit uns. Wenn Sie wollen, daß wir den Sklavenhandel abschaffen, so können wir uns durch Entgegenkommen mittelweg verständigen;

aber eine Zwangskauf, wie die von England beabsichtigte, kann nie von einer großen Nation, die Insulten doch nicht straflos hinzunehmen gezwungen ist, geuldet werden!

Im Jahre 1918/19 leidet das Frankreich des Herrn Clemenceau zu den alten Gewohnheiten von damals zurück. Zu diesem selben Zeitpunkt sind gerade 100 Jahre verfloßen, seitdem Nordamerika die Sklaveneinfuhr bei Tod Strafe verbot. Es ist geradezu erschütternd, mitzuerleben zu müssen, daß Völker, die sich bislang als Träger der Zivilisation in Europa betrachteten und bezeichnen, gegenüber dieser Schändlichkeit der französischen Regierung kein Wort verlieren. Wir meinen darunter nicht, verächtlich auch das französische Volk selbst, das ja im Fremdenstolz alles zu vergessen scheint, wofür auch bei ihm einst große Herzen schlugen und große Geister kämpften. Und wir meinen auch vor allem die französische Arbeiterklasse, von der man kein Wort des Bräutes vernommen hat gegen die infame Verleumdung unserer deutschen Landeskinder in nordfranzösische Sklaverei. Für die organisierten Arbeiter Frankreichs kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs nichts anderes darstellt, als die Wiedereinführung der Sklaverei. Sie unterscheiden sich in nichts von der alten Methode die im Strafen gemacht Gefangenen als Arbeitskräften unter das sonstige Eigentum des freigebigen Sümpflings und seiner edlen Reden einzurangieren. Und selbst wenn man aus der Terminologie der Kuriererei nachsehen würde, daß Unterschiede beständen, so müßte die organisierte Arbeiterklasse Frankreichs eine solche Beweisführung nicht gelten gegenüber der Tatsache, daß hier die Arbeiter gegen ihren freien Willen auserzogen werden, fern von ihrem Heimatlande zu bleiben, um Arbeiten zu verrichten, deren Ende sie nicht übersehen und auf deren Entlohnung und Arbeitsverhältnisse sie keinerlei Einfluß haben.

Wenn die vertriebenen Gebiete Nordfrankreichs wieder hergerichtet werden sollen unter Anteilnahme der deutschen Arbeitskraft und deutschen Kapitals, so ist das eine Sache, die mit der deutschen Regierung zu vereinbaren ist. Diese Regierung legt sich heute aus Vertretern der organisierten Arbeiterklasse zusammen, aus Sozialisten, die sich ganz gewiß nicht weigern werden, etwas anzuerkennen, was dem allgemeinen sittlichen Bewusstsein als recht und billig erscheinen könnte. Diese sozialistische Regierung Deutschlands hat wiederholt als ihren dringendsten Wunsch ausgedrückt einen gerechten Frieden so schnell als möglich herbeizuführen. Es ist nicht ihre Schuld, daß auch das Weihnachtserbe 1918 nicht im Frieden angeeignet werden konnte. Und es ist ebensowenig ihre Schuld, daß wir heute noch nicht zum Frieden gekommen sind. Vielmehr haben es die offizierten Militärs darauf angesetzt, diesen "Frieden" des Waffenstillstandes dazu zu verwenden, durch teilweise einmonotone Verlängerungen neue und immer schärfer werdende Bedingungen von dem Deutschen Land der sozialistischen Arbeiter zu erpressen. Was jetzt aber geschieht, ist das Schändlichste aller bisherigen; denn während Frankreich seine eigenen Landeskinder aus deutscher Gefangenenschaft längst wieder bei sich zu Hause sieht, werden unsere nicht nur dort gehalten, sondern verhaftet. Dagegen erheben wir Protest. Was dort geschieht, ist eine Verletzung der Sittengesetze der Zivilisation, eine Verleumdung der Menschlichkeit. Dagegen zu protestieren ist eine Pflicht eines jeden, der nicht widerstandslos die Missetaten zu den Gebräuchen der Barbarei längst verschwundenen Zeiten vor seinen Augen geschehen lassen will.

Bewegungen im Berufe. Brauereien, Vie-niederlagen.

† Berlin. Im Tarifgebiet Groß-Berlin fanden erneut Verhandlungen wegen Erhöhung des Einkommens der in den im Tarifgebiet Groß-Berlin liegenden Brauereien, Wälgereien und Vie-niederlagen Beschäftigten statt. Nachdem sich die Brauereien mit den Gewerkschaften über die Regelung der Bierpreisfrage verständigt hatten, wurden von den Unternehmern folgende Angelegenheiten gemacht: Von der dritten Lohnwoche im Dezember v. J. ab, welche unterschiedlich in den Betrieben in der Zeit vom 19. bis 21. Dezember v. J. beginnt, wird den männlichen Arbeitnehmern eine Demobilisationszulage von wöchentlich 25 Mk. gewährt; für weibliche Arbeitnehmer im gewerblichen Brauereiwesen, Betrieb beträgt diese Zulage 15 Mk. pro Woche. Diese Zulage wird bis zum 1. April 1919 gewährt. Nachdem finden Verhandlungen zwischen den Parteien über Weitergewährung der Zulage in der bisherigen Höhe oder Abwan der Zulage statt. Bei Erwerblosigkeit infolge Erkrankung wird im gegebenen Falle den männlichen Arbeitnehmern eine Teuerungszulage von 24 Mk., den weiblichen eine solche von 13 Mk. pro Woche gezahlt.

Durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Verbindung mit der Gewährung der Demobilisationszulage haben sich auch die Löhne, welche für Überstunden zu zahlen sind, erhöht. Es sind zu zahlen pro Überstunde an Wochen- und Sonntagen: Brauer 2,22 Mk., Hilfsarbeiter bei Brauereien und Böttchern 2,10 Mk., Maschinenarbeiter 2,05 Mk., Gärtner 2,10 Mk.; alle übrigen Handwerker 2,05 Mk.; Hilfsarbeiter bei Handwerkern 2,08 Mk., Fahrpersonal und Stallente 2,08 Mk., Wälgereier und Koblen-schieber 2,08 Mk. Für die an den beiden Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen geleisteten Überstunden wird zu den vorstehenden Löhnen noch eine besondere Zulage von 20 Pf. pro Überstunde gezahlt. Arbeitsplan und Überstundenvergütung für Maschinenisten und Heizer werden in den allernächsten Tagen neu geregelt.

† Habsberg. Mit dem Böhmerischen Brauereiarbeiterverband wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den Kollegen eine Lohnerhöhung von 15 Mk. pro Woche brachte. Ein sühner Erfolg der Organisation. Die Kollegen waren bisher nicht organisiert.

Mühlen.

† Hamburg. In einer Versammlung am 10. Januar erstattete Böhlen den Bericht von den Verhandlungen. Es hat mit den Mühlen am 7. Januar eine Verhandlung stattgefunden, in der von Mühlenbesitzern das Ergebnis der letzten Verhandlungen unterbreitet wurde. Diese erklärten,

daß sie sich an nichts gebunden erachteten, da die Arbeiter cesslos an ihren Forderungen festhielten. Der schriftliche Bescheid ging uns am anderen Tage zu, in dem Forderungen enthalten sind, gegen die wir Einspruch erhoben. Am Montag soll eine Vollversammlung stattfinden und soll uns das Ergebnis mitgeteilt werden. Es wurde von den Unternehmern erklärt, daß ihre Leute vollständig zufrieden seien. In der Diskussion wurde dies von allen Rednern als eine Verhöhnung der Arbeiter empfunden und hart zurückgewiesen. Von der Mühle Hedrich wird berichtet, daß dort noch Löhne von 22 bis 30 Mk. gezahlt werden, so daß ein Kollege erklärte, daß er zur Mierzählung die Armenverwaltung in Anspruch nehmen müsse. Von allen Rednern wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß sie mit allen Mitteln die Durchführung ihrer Forderung erzwingen werden, wenn nicht anders, durch die Einstellung der Arbeit. Es wird beschlossen, den Mühlen bis zum 14. Januar Zeit zu geben, um ihren ablehnenden Standpunkt zu revidieren. Von jedem Betriebe wurden zwei Kollegen gewählt, die an dem Verhandlungen teilnehmen sollen. Auch soll im Interesse der Allgemeinheit noch eine andere Instanz angerufen werden, um zu vermeiden, daß durch eine Arbeitsentstellung die Veransten der Armen betroffen werden. Böhlen forderte die Kollegen auf, Mann für Mann für die Forderungen einzustehen.

In einer Versammlung am 14. Januar erstattete Böhlen Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Mühlenbesitzern und die gemachten Angelegenheiten. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß das, was bewilligt ist, vollständig ungenügend sei und es ausgeschlossen ist, dabei erstickten zu können. Es lagen drei Anträge vor: für Streik, für Annahme und für nochmalige Verhandlung. Der Streik wurde gegen 13 Stimmen abgelehnt. Für Annahme des Gebotenen waren alle bis auf einen. Böhlen forderte die Anwesenden auf, die Organisation in den Betrieben auszubauen, um später nachfordern zu können; denn dadurch nur ist es möglich, die Errungene festzuhalten und weiter auszugestalten. Auch ist dafür Sorge zu tragen, daß es keinen Unorganisierten mehr in den Betrieben gebe. Der Tarif hat rückwirkende Kraft ab 10. Dezember.

† Hannover. Was uns früher selbst durch Hausagitation nicht gelang, ist jetzt Ereignis geworden. Die Mühlenarbeiter erwachen! Jetzt, ja höchste Zeit war es auch. Unwillkürlich fragt man sich, wie die Leute es selbst im fünften Kriegsjahr fertig brachten, mit 35-45 Pf. Stundenlohn und einer 10prozentigen Teuerungszulage ihr Leben zu fristen. Sie haben es geschafft, wie das erzählen jetzt die Besitzer. Nur vergessen sie hinzuzufügen, daß sie die Schuld trifft. Sie wandten sich ja auch zu diesem Zweck an das Reichsernährungsamt mit dem Ersuchen, den Mühlenarbeitern ein Pfund Wehl wöchentlich außer der Ration und unentgeltlich veranlassen zu dürfen. Am Himmelswillen nur nicht selbst Opfer bringen!

Die größte Schuld trifft natürlich die Mühlenarbeiter selbst, die den Weg zur Organisation nicht fanden und sich durch allerlei Kleinigkeiten fördern ließen. Sie glaubten ohne Organisation fertig zu werden und die ganz klugen glaubten ihren Interessen am besten zu dienen, wenn sie die Beiträge sparten. Sie waren schlechte Rechner. Gesehen den Fall, daß wirklich einer bei diesem Lohn in die Lage kam, die Beiträge auf der Sparte anzulegen - was aber nie eintrat - so brachten sie ihn dort im günstigsten Fall 11-12 Proz. Zinsen. Sehen wir mal, wie sich diese Kapitalkanlage bei der Organisation verzinst hätte. Wir haben hier eine Mühle im Auge, wo vor dem Kriege ein Tarif bestand. Die Mühlen erhielten bei zwölfstündiger Arbeitszeit einen Lohn von 27-29 Mk. Mit Hilfe der Organisation gelang es hier, während des Krieges den Lohn der jetzt achtstündigen Arbeitszeit auf 60 Mk. wöchentlich zu steigern. Welche Verzinsung der Beiträge ergibt sich nun für diese Kollegen, welche sie in der Organisation anlegten aufstatt auf der Sparte? Anlagekapital 52 mal 1 Mk. gleich 52 Mk. ergibt bei 12 Proz. Spartenzinsen gleich 1,06 Mk. Das gleiche Kapital in der Organisation angelegt ergibt dagegen eine Lohnsteigerung von 52 mal 31 Mk. gleich 1612 Mk. als Zinsenverträgnis. Damit ist es aber noch nicht erschöpft. Es kommt noch ein wöchentliches Urlaub dazu, ferner der Zuschlag für 14 Tage bei Krankheit. Das ist die eine Seite. Ferner zahlt die Organisation selbst noch bei Krankheit, je nach Dauer der Mitgliedschaft ein Krankengeld. Es zeigt sich also, daß jene Beitragsparer die schlechteren Redner sind. Das wissen sie ja auch nur zu gut, ihre Gründe waren ja auch nur vorgeschützte. Was sind dagegen all die kleinen Mäcker, die ihnen seitens der Unternehmer eingehalten werden, als da sind zu Weihnachten oder Neujahr eine Gratifikation von etwa 100 Mk.? Worauf sie noch nicht mal einen Rechtsanspruch haben, sondern meist Deranmachen jenes Tages immer in Angst und Bange schweben, ob der Herr auch ihr Betragen im Jahre als belohnenswert hält!

Dieser Mann ist jetzt bei den Mühlenarbeitern gebrochen. Sie fanden den Weg zur Organisation und taten gut dabei. So wurde ihre Lage wesentlich gebessert in Carlsberg, Calenberg und Wildschheim. Vantein ist in Angriff genommen. Brüggen wird folgen und auch von Wochheim erwarten wir es. Die Kollegen werden jetzt erkennen, wie notwendig die Organisation war. Fast ein Pfundschaffel haben sie zum Teil im Betriebe bei zwölfstündiger Schicht Tag und Nacht geschafft. Es kam ihnen gar nicht zum Bewusstsein, was es eigentlich heißt, Mensch zu sein. Darum haltet fest an dem Errungenen durch immer festere Ausbau eurer Organisation, es darf keine mehr außerhalb der Organisation Stehenden geben!

† Hannover. Mit der Mühle in Sarstedt, die 42 Personen beschäftigt, wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen mit Lohnerhöhungen von 14,80 Mk. bis 19,70 Mk. pro Woche. Für Sonntagsarbeit wird 50 Proz. Zuschlag gezahlt.

Mit der Mühle in Calenberg mit 45 Beschäftigten wurde ebenfalls ein Tarifvertrag abgeschlossen. Hier beträgt die Lohnerhöhung 10,80 Mk. bis 16,20 Mk. pro Woche, Überstunden und Sonntagsarbeit werden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt.

Für beide Betriebe wurde Urlaub vereinbart und Vergütung bei Versäumnissen nach § 610 B.G.B. bis zu 14 Tagen.

† Habsberg. Zu unserer Mitteilung im Nr. 4 der Verbands-Zeitung sendet uns Herr Weidling eine Verächtigung, daß es ihm niemals eingefallen ist, die Zugehörigkeit zum Verbands als Mündigungsgrund anzusehen, er habe auch keinen Arbeiter im Falle des Beitritts zum Verband die Mündigung angebroht. Herr Weidling schreibt dann noch weiter:

Ich habe infolge fortwährender Lohnforderungen meiner Leute erklärt, daß ich mir Rücksicht darauf, daß der Wahllohn seitens der Reichsgewerbestelle bis zum Ablauf des gegenwärtigen Jahres festgelegt sei, über einen bestimmten Stundenlohn nicht hinausgehen könne. Ich habe meinen Leuten daraufhin Erklärungen unterschreiben lassen, daß sie mit dem von mir festgelegten Stundenlohn einverstanden sind und habe ihnen erklärt, daß sie nicht verpflichtet sind, die Erklärungen zu unterschreiben, daß ich ihnen nichts in den Weg lege, wenn sie sich anderswo verbessern können und daß sie das Nichtunterschreiben als Mündigung betrachten sollen. Bis auf einen Arbeiter haben sämtliche Leute unterschrieben und dieser eine Arbeiter trotz der Mündigung ruhig weiter in meinem Betriebe.

Das ist allerdings nicht die richtige Art, wie man Lohnforderungen erledigt: den Lohn festzusetzen und zu sagen, unterschreibt oder betrachtet die Nichtunterschrift als Mündigung! Das muß schon anders geregelt werden, und zwar auf dem Wege der Vereinbarung mit der Organisation. Und damit das möglichst bald gescheit unter Beachtung der Interessen der Arbeiter, dafür müssen die Mühlenarbeiter sorgen durch vollständigen Beitritt zum Verbands.

Andere Betriebe.

† Habsberg. Mit der Firma Fr ü n e wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen mit Lohnaufbesserungen von 8 bis 10 Mk. pro Woche.

Korrespondenzen.

Hannover. Am 28. Januar wurden die Mühlenarbeiter zu einer Versammlung zusammengerufen. C. Dietrich aus Habsberg leitete den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit der Organisation in heutiger Zeit. Er führte den Kollegen die Errungenschaften der Organisation in den umliegenden Städten vor Augen und verwies darauf, daß ein Lohn von 3-6 Mk. pro Tag zum Lebensunterhalt nicht ausreichte. Nur wenn die Kollegen geschlossen dem Verbands beitreten, wird ihre Lage in absehbarer Zeit verbessert werden können. Neun Kollegen traten dem Verbands bei, die anderen haben den Beitritt zugesagt. Soffentlich handeln sie danach.

Hannover. Am 12. Januar fand die gewöhnliche Generalversammlung statt. Kollege M. Müller gab einen Überblick über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage unter erwähnte die Anwesenden, mehr denn je sich der Organisation anzuschließen, da sie jetzt doppelt nötig sei. Dann erstattete Kollege Böhlen den Jahres- und Quartalsbericht. Unter verschiedenen wurde angeregt, daß es heute nicht mehr angängig sei, daß es noch bei uns in den in Frage kommenden Betrieben unorganisierte Arbeiter gäbe. Hier muß ganz energig vorgegangen werden, um auch den letzten unserer Verbands zuzuführen. Auch betreffs der Kollegen vom Bund war man der Ansicht, daß es nur keine Sonderbündel mehr geben könne, daß man sich zu einer einheitlichen Organisation, zu dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter zusammenschließen müsse. Mit einer Ermahnung an die Kollegen, sich recht zahlreich an den Nationalmahlen zu beteiligen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Hannover. In der Generalversammlung am 8. Januar gab Kollege Smetts den Bericht. Die Stufe hatte im verfloßenen Jahre eine Einnahme von 586,10 Mk. Mitgliederzahl am Schlusse des 4. Quartals 37 männliche und 3 weibliche. Gefallen sind 4 Kollegen. An Lohnaufbesserungen ist eine zweimalige Teuerungszulage, die jetzt für Verheiratete 26 Mk. für Ledige 21 Mk. und Frauen 17 Mk. pro Woche beträgt, erzielt worden, was aber leider noch lange nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Für die Arbeiter der Oesfemünder Mühlenwerke wurde eine vorläufige Lohnzulage von pro Stunde für Müller 30 Pf. und für ungelernete Arbeiter 15 Pf. erzielt; aber auch dieses konnte nur erreicht werden, indem sich sämtliche dort beschäftigten Arbeiter dem Verband anschlossen. Nach erfolgter Neuwahl machte der Vorsitzende noch bekannt, daß eine Anzahl Kollegen, die leider während der Kriegsjahre dem Verband den Rücken kehrten, jetzt wieder der Organisation zugeführt werden konnten. Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Hannover. In der Generalversammlung am 12. Januar erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, wonach die Betriebsversammlungen im zweiten Halbjahr eine wertvolle Erhöhung der Kriegszulagen veranlaßten. Die Einnahme betrug 254 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 43 im ersten Quartal auf 136 im vierten Quartal. Zur Frage der Verschmelzung mit dem Bund verlas der Vorsitzende ein am 2. Januar an den Vorsitzenden des Bundes gerichteter Schreiben, das bisher noch nicht beantwortet war, was Unwillen auslöste. Der neue Vorstand wurde ermächtigt, mit dem Bund weiter zu verhandeln. Die aus dem Jahre zurückgekehrten Kollegen von Schultheiß beklagten sich über die ungleichen Löhne, die sie erhalten, und über das Abschlagen der Überstundenarbeitszeit. Zur Regelung soll alsbald eine Betriebsversammlung einberufen werden. Mit der Nationalversammlung wurde die Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung erfolgte Beschluß.

Hannover. Am 26. Januar fand unsere jährliche Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Aus dem Geschäftsbericht, welchen der Vorsitzende, Kollege Lohmann, erstattete, ist zu entnehmen, daß das abgelaufene Jahresziellich ruhig verlaufen ist. Die Teuerungszulage wurde in den beiden Brauereien zweimal erhöht, im Mai und Oktober. Auch gelang es, in den Vie-niederlagen die Teuerungszulage auf die gleiche Höhe zu bringen, wie in den Brauereien. Die Jahreseinnahme betrug 772,30 Mk., an die Kasse wurden 470,90 Mk. abgeführt. Der Mitgliederbestand beträgt 39. Der Restans der Kasse beträgt 229,92 Mk. Nachdem die meisten Kollegen vom Kriegsdienst entlassen sind, heißt es wieder frisch an die Arbeit gehen.

Obstl. Am 24. Januar tagte eine gutbesuchte Ver- sammlung, zu der sich auch die aus dem Felde zurück- gekehrten Kollegen fast vollständig eingefunden hatten. Nach- dem die Abrechnung und Vorstandswahl erfolgt, wurde ein- stimmig beschlossen, in nächster Zeit eine Agitationver- sammlung einzuberufen, in welcher ein Verbandsvertreter zugegen sein soll.

Seilbronn. Unsere diesjährige Generalversammlung am 6. Januar hatte sich eines sehr guten Besuches zu er- freuen, hauptsächlich von Seiten der Kriegsteilnehmer. Der Vorsitzende bringt den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht. Unsere Lohnbewegungen im Juli und Oktober brachten uns wesentliche Teuerungszulagen von 28 Mk. für Verheiratete und 17 Mk. für Ledige, jedes Kind unter 15 Jahren erhält 1 Mk., ferner erhalten die Bierfahrer fürs Füttern am Sonntag 3 Mk. Ueberstunden werden werktags mit 1,20 Mark, Sonntags mit 1,40 Mk. vergütet. Es war allerdings nicht leicht, das Unternehmertum von der Notwendigkeit der Teuerungszulage zu überzeugen. Der Kassierbericht wird vom Kassierer Burt gegeben. Die Einnahmen be- tragen 2878,80 Mk., an die Hauptkasse wurden 1070,00 Mk. abgeliefert. Unter Verschiedenem wird noch über die Ein- stellung der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen des- bührt; es sollen, wo es notwendig ist, die Arbeiteraus- schüsse vorstellig werden.

Kulmbach. Die Brauereibereinigung hat die Einführung des Achtstundentages ab- gelehnt. Die Herren scheinen zu glauben, einen Vor- zug vor den andern zu haben, genau wie früher, als noch keine Organisation der Arbeiter bestand. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß sie sich im Irrtum befinden.

Queblitzburg a. S. Am 26. Januar tagte hier eine gutbesuchte Brauerei- und Mühlenarbeiterversammlung. In derselben sprachen Zahlstellenleiter Kollege Julius Lucas, Gertrude a. S., sowie Genosse Schubarth vom Ge- werkschaftskartell Queblitzburg. Den beiden Rednern gelang es, die Anwesenden zu überzeugen, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, sich zu organisieren, so daß 20 Kollegen dem Verbandsbeitrater. Wenn man bedenkt, wie schwierig es war, gerade in den Gatzorten die Kollegen von dem Nutzen des Verbandes zu überzeugen, so ist dieses Resultat als ein gutes zu begrüßen.

Nabeberg. Unsere gutbesuchte Generalversammlung fand am 25. Januar statt. Der Vorsitzende, Kollege Wöhlig, gab einen kurzen Rückblick auf das Jahr 1918. Er konstatierte, daß die Zahlstelle sich gut entwickelt habe. Der Mit- gliederbestand habe 100 männliche und 8 weibliche erreicht gegen 88 männliche und 8 weibliche im dritten Vierteljahr 1918. Die Klassenverhältnisse sind günstig trotz der Auf- wendung für unsere im Felde stehenden Mitglieder und ihrer Familien sowie Versicherung unserer Feldzugsteil- nehmer und ist der Vermögensbestand auf circa 2000 Mk. angewachsen. Einmütig bekundete die Versammlung das Weiterbleiben unserer Zahlstelle. Der Ver- treuungsman Wöhlig der Haferslodenfabrik ersucht die Ver- bandsleitung, bei Wiederaufnahme des Betriebes (sämt- liche Leute sind wegen Kohlenmangels gekündigt) zu veran- lassen, daß die betreffenden Kollegen wieder an ihren alten Plätzen kommen. Dies wird zugesagt. Am Schluß fordert der Vorsitzende die Kollegen zu intensiver Mitarbeit auf.

Kastell. Die Generalversammlung am 8. Januar fand unter zahlreicher Beteiligung statt. Der Vorsitzende gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Von der Einnahme von 974,40 Mk. erhielt die Hauptkasse 608,37 Mk. Lokalkassen- bestand 1428,19 Mk. Mitgliederbestand am Schluß des Quartals 107. Hieran gab er noch einen Überblick über das verfloßene Jahr, wo es infolge der stetig steigenden Lebensmittelpreise öfters zu Lohnforderungen gekommen sei, bei welchen die Unternehmer aber stets trotz der niedrigen Löhne, welche die Brauereien gegenüber anderen Branchen zahlten, wenig Entgegenkommen zeigten oder drohten, daß sie dann gezwungen seien, die Unterstützung der Einberufenen Familien zu kürzen. Von allen Seiten wurde der Stand- punkt vertreten, daß auch die Löhne trotz der Zulage der heutigen Verhältnissen nicht genügen und müsse der Tarif, sobald es angebracht sei, erneuert werden. Unter starker Entzückung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß einem Kollegen, welcher bei Ausbruch des Krieges 16 Jahre in der Brauerei Mahr und Oberlich gearbeitet hatte, aber sich im Felde eine Krankheit zugezogen hatte, von der er leider nicht voll erwerbsfähig wieder hergestellt ist, die Wiedereinstellung verweigert wird mit der Begründung, daß leichte Arbeit nicht vorhanden sei, auch hätten sie ge- rade alle Leute. Trotzdem beabsichtigt die Firma, einem früheren Arbeiter, welcher aber seit 4 Jahren in keinem Verhältnis mehr zu ihr steht, eine leichte Pförtnerstelle im Betrieb zu versehen, aber vielleicht nur infolge seiner hohen Verdienste, indem er während des Krieges das Schutzzeug der Herren in Reparatur genommen, damit sie nicht in Holz- schuppen ihre Arbeitsstätte aufzusuchen brauchten. Ein- stimmig forderte die Versammlung Einstellung des Kollegen denn nur für das Kapital sei er hinausgezogen darum müsse auch dieses ihn nach Möglichkeit unterstützen.

Mit einem Appell an alle Kollegen, auch im neuen Jahre ihre Pflicht zu tun und immer neue Mitglieder für Verband und Partei zu werben, und besonders bei den kommenden Wahlen den letzten Mann für unsere Partei zu gewinnen, damit uns die Früchte der Revolution nicht entziffen werden können, wurde die Versammlung ge- schlossen.

Schwabach. Die Generalversammlung vom 26. Januar war sehr zahlreich besucht. Der Vorsitzende Engelhardt gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich (bis auf einzelne, die schon länger beurlaubt sind) alle zurück- gekehrten Kollegen wieder der Organisation angeschlossen haben. Eingezogen wurden von den 124 Mitgliedern 100, so daß nur 24 verschont blieben. 12 Kollegen hat das trau- erliche Los, der Tod, getroffen, zu deren Ehrengang die Kollegen von den Sizen erhoben. Dann erstattete der Vor- sitzende den Jahresbericht und den Bericht über die beiden Kassen. Das kleine Häuflein Kollegen hat zu Hause auch gearbeitet und geerntet. Es wurden für Schwabach 1918 zweimal Teuerungszulagen erreicht von 4 und 6 Mk., mit den früheren Zulagen die Woche 20 Mk. Weiter wurde durch Verhandlungen, die bis 25. Januar dauerten, erreicht, daß alle Kollegen wieder in ihre Stellen eintraten

konnten und daß die Stündige Arbeitszeit überall ein- geführt wurde, was die Herren Brauereibesitzer auch nicht auf Verordnungen taten, denn es mühten viele Verhand- lungen mit den einzelnen stattfinden. Der Klassenbericht weist nach: Verbandskasse Einnahme 1488,50, an die Haupt- kasse 810,71 Mk. Der Mitgliederbestand betrug im 1. Quartal 98, im 4. 86. Der Klassenbestand der Lokal- kasse betrug 1867,09 Mk., er verminderte sich während des Krieges um 254,37 Mk. Es wurden aber ausbezahlt Kriegs- unterstützung und Sterbegeld 1960 Mk.; das ist ein Zeichen, daß das kleine Häuflein zu Hause auch das nötige getan hat. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsche, daß alle Versammlungen so gut besucht sein sollen.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Insolvenz in der Spiritus-Industrie. Nachdem die Breslauer Spiritfabrik erst im vergangenen Jahre die öst- erreichischen Spiritwerke in sich aufgenommen hat, beabsichtigt sie jetzt, die Norddeutschen Spiritwerke in Hamburg und die Dampfstrombrennerei und Pechhiesefabriken Akt.-Ges. vorm. Gebr. Helbing Akt.-Ges. aufzunehmen. Die Nord- deutschen Spiritwerke besitzen ein Aktienkapital von zwei Millionen Mark und die Helbing-Gesellschaft ein solches von 1,5 Millionen Mark. Das Aktienkapital der Bres- lauer Spiritfabrik beträgt zurzeit 10,4 Millionen Mark. Im übrigen besitzt die Breslauer Spiritfabrik bereits jetzt einen Teil der Aktien der Norddeutschen Spiritwerke und der Dampfstrombrennerei Helbing. Die Ursachen des Zu- sammenschlusses dürften, wie mitgeteilt wird, darin zu suchen sein, daß die Spiritfabriken in diesem Jahre nur mit 39 bis 40 Proz. ihrer früheren Leistung beschäftigt sind, und daß die Ausfichten auch für die Zukunft sich nicht sehr günstig gestalten dürften.

Erhöhung der Spirituspreise. Wie gemeldet wird, hat die Spirituszentrale mit Genehmigung der Reichs- branntweinstelle die Preise für Spiritus zur Vergällung und für vergällten Spiritus in Fässern um 45 Mk. für die Tonne erhöht.

Festsetzung der Wahlhöhe in Baden. Der Landes- beauftragte für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach hat vom 1. Dezember ab die Vergütungen der Selbstverwalter an die Wähler wie folgt festgesetzt: 1. Wahl- lohn für 50 Kilogramm abgelieferten gereinigten Brot- getreides und Gerste 2,50 Mk. 50 Kilogramm ungegerb- ten Spelzes gleich 35 Kilogramm gereinigten Spelzes. Für das Gerben steht der Mühle ein Zuschlag von 50 Pf. für 50 Kilogramm gereinigten Spelzes - einschl. des Verlabens der anfallenden Spelzspren - zu. 2. Schrotlohn für Brot- getreide, Hafer, Gerste und Mais 1,25 Mark für 50 Kilo- gramm. 3. Verarbeitungsgebühr für die Herstellung von Graupen und Flocken 8 Mark für 50 Kilogramm. 4. Sämt- liche Abfälle einschl. Stroh beim Spelze fallen dem Eigen- tümer zu. 5. Erfolgt die An- und Abfuhr von Getreide und Mais und ihrer Erzeugnisse durch den Miller, so er- hält er dafür eine Gesamtvergütung von 50 Pf. für 50 Kilogramm. 6. Mühlenbesitzer, die höhere als diese Ver- gütung fordern, sich versprechen oder gewähren lassen, haben nach § 80 Ziffer 7 R.G.B. Gefängnis bis zu 1 Jahre und Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder eine dieser Strafen zu gewärtigen. Der Besuch ist strafbar.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Vertheilung: 27, Schilderstraße 61V, Fernsprecher: Amt Adnigstadt 273.

Diese Woche ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung. Sofortige Einfindung der noch fehlenden Quartalsabrechnungen.

Im Juni 1918 findet der 20. Verbandstag statt. Zur Einteilung der Wahlkreise und zur Fertigstellung des Berichts für die Delegierten macht es sich notwendig, daß die Abrechnungen vom 4. Quartal 1918 sofort fertiggestellt und eingekandt werden.

Saldine Einfindung des Fragebogenmaterials.

Zwecks Fertigstellung des Jahresberichts sowie des Rechenschaftsberichts für die Verbandsdelegierten benötigen wir das hinausgegebene Fragebogenmaterial. Es sind dies: 1. die Fragebogen betr. Stand der Lohn- und Ar- beitsverhältnisse; 2. Fragebogen betr. stattge- fundene Lohnbewegungen im Jahre 1918; 3. Fragebogen betr. stattgefundene Differenzen im Jahre 1918; 4. Fragebogen betr. lokale Kriegsunterstützung während des Krieges; 5. Fragebogen Formular III. Das Material ist den Beamten zugestellt. Die Zahlstellen wollen dieses von den für sie nach der neuen Bezirksabgrenzung (siehe Verbands- zeitung Nr. 48 und 49 1918) zuständigen Beamten ver- langen, falls es ihnen noch nicht zugestellt sein sollte.

Bestätigte Lokalbeiträge.

Der Zahlstelle Eisenach wurde die Erhöhung der Lokalbeiträge auf 20 Pf. pro Woche ab 1. Januar genehmigt. Damit sind die erhöhten Beiträge Pflichtbeiträge für alle Mitglieder der betreffenden Zahlstelle geworden.

Der Verbandsvorstand. Eingänge der Hauptstelle vom 27. Januar bis 2. Februar.

Celle 18,99; Garburg 463,94; Grimma 72,96; Strau- ßing 289,25; Traunstein 158,30; Rosenheim 338,75; Haders- leben 59,30; Göttingen 160,11; Potsdam 89,15; Mannheim 2141,79; Stettin 1808,35; Kempten 466,64; Breslau 2,76; Weifen 190,87; Crimmitschau 16,80; Böhne 9,48; Stadt- hagen 92,98; Nidersleben 56,49; Bamberg 347,73; Walden- burg 157,30; Weimar 188,15; Unna 53,27; Mannheim 85,40; Berlin 8,40; Essen 841,08; Prenzlau 70,50; Schwerin 232,37; Saalfeld 125,24; Paderborn 300,00; Ham- burg 2103,33 Mk.

Die Abrechnung vom 4. Quartal haben eingekandt: Garburg, Eisenach, Potsdam, Erfurt, Grimma, Saar- brücken, Hadersleben, Stadthagen, Weislingen, Göttingen, Schwerin, Meifen, Weimar, Saalfeld, Nidersleben, Wal- denburg, Bamberg, Mannheim, Unna i. B., Grabow, Memel, Crimmitschau, Nosenheim, Hamburg, Bernburg, Effen, Oschersleben, Gmünd, Niefa, Viefefeld.

Materialverlauf.

(K. = Mitgliedskarte, B. = Mitgliedsbücher. Der Wert der Beitragsmarken ist in Ziffern [a 80 usw.] angegeben.)

Blauen: 40 K., 1000 a 80. Stadthagen: 400 a 80. Sonnen- berg: 500 a 70, 100 a 50. Vießen: 40 K. Niefa: 1000 a 70. Berlin: 500 B. Satzungen: 30 K., 800 a 70. Ein- horn: 20 K. Dresden: 20 000 a 80. Garmeln: 1000 a 70. Saizweil: 100 a 70, 200 a 60, 200 a 50. Kempten: 30 K., 1000 a 80, 200 a 70. Pungstadt: 30 K. Schwabach: 2000 a 70. Hadersleben: 600 a 60. Ulitz: 100 K., 200 a 80, 2000 a 70, 400 a 50. Eilenburg: 500 a 70, 100 a 50. Göt- tingern: 20 K. Grotzowald: 400 a 50. Ingolstadt: 50 K. Landshut: 200 a 60. Wanzsch: 20 K., 1000 a 80. Breslau: 60 K., 800 a 70. Adeln: 200 a 50. Mainz: 2000 a 70, 200 a 60. Effen: 20 K., 300 a 70, 300 a 80. Nabeberg: 30 K., 1500 a 80, 200 a 50. Gaudau: 50 K., 1000 a 80. Königssee: 200 a 70. Geln: 220 K. Augsburg: 10 000 a 70, 2000 a 60, 1000 a 50. Düsseldorf: 200 K. Chemnitz: 300 B., 100 K., 4000 a 80, 4000 a 70, 2000 a 50. Karlsruhe: 10 000 a 80, 5000 a 60, 1000 a 50. Stettin: 10 000 a 80, 2000 a 50. Vera: 2000 a 80. Ulbea: 3000 a 80, 200 a 70, 1000 a 50. Müllrose: 10 K., 100 a 70.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Braunschweig. Vorsitzender: Artur Kaiser, Karl- straße 6. Kassierer: Otto Maack, Stobbenstr. 1; dorthin sind alle Postfächer zu senden. Bremerhaven. Versammlung jeden 1. Mittwoch im Monat.

Dessau. Vorsitzender: Franz Zimmermann, Tauben- straße 68 b II.

Dobran. Vorsitzender: Heinrich Lohsin, Jungfer- straße 208. Kassierer: Fritz Sack, Querstr. 6.

Eisenach. Vorsitzender: Robert Reuber, H-Nerstr. 7. Kassierer: Paul Felder, Altstadtstr. 38, zahl Unterstützung von 5-8 Uhr aus. Versammlung jeden zweiten Sonn- abend im Monat im „Goldenen Engel“.

Eltzig. Vorsitzender und Kassierer: Ed. Reinte, Hoch- straße 14.

Geislingen a. Steig. Vorsitzender: Georg Erl, Haupt- straße 57; Kassierer: Josef Reindl, Hauptstr. 120.

Göppingen. Vorsitzender: Georg Keppler, Schiller- straße 34; Kassierer: Theodor Hoffmann, Vorderer Karls- straße 64.

Obstl. Vorsitzender: Willi Bothe, Ponte Str. 3528 II; Kassierer: Bruno Antelmann, Leipziger Str. 21 III.

Grabow. Vorsitzender: August Jaap, Schulstr. 17 ptr.; Kassierer: August Struwe, Wachtstr. 8 I.

Grimma. Vorsitzender: A. Zumppe, Querstr. 2; Kassierer: N. Bauer, Walterstr. 38.

Hagen. Zuschriften an Hohmann, Frankfurter Straße 38.

Halsberstadt. Vorsitzender und Kassierer: Fr. Schwein- fuß, Schubstr. 7.

Seilbronn. Vorsitzender: Gg. Bühler, Wollhausstr. 31; Kassierer: Sommer, Querschulgasse 20.

Silbesheim. Vorsitzender: Conrad Bauer, Alter Markt 67 II; Kassierer: Karl Kreibohn, Steuerwalder Straße 26.

Jena. Vorsitzender und Kassierer: F. Reischer, Kraut- gasse 6.

Kassel. Kassierer: Säuberlich, Orleansstr. 58 pt. Kran- kenunterstützung nur Sonnabends von 5-8 Uhr.

Versammlungsankündigen.

Sonnabend, den 8. Februar.

Mantfenburg. 8 Uhr: Restaurant „Vorwärts“. Dessau. 8 1/2 Uhr: „Tiboli“. Eilenburg. 8 Uhr: Gewerkschaftshaus. Eisenach. 8 1/2 Uhr: „Zum Engel“. Eilenburg. 6 1/2 Uhr: bei Schöneberg, Donnereschnee. Zerbst. 8 1/2 Uhr: Lokal Liebenau.

Sonntag, den 9. Februar.

Nidersleben. 3 Uhr: Fürstehof, Staßfurter Gasse. Bamberg. Vormittags 10 Uhr: bei Wdh, Schillerplatz. Bernburg. 3 1/2 Uhr: Gewerkschaftshaus, Schulstraße. Breslau. Vorm. 10 Uhr: Union-Festale, Neuschest. 51, Generalversammlung.

Döbeln. 3 Uhr: Müldenterrasse. Erlangen. Vorm. 10 Uhr: „Grauer Wolf“, Hauptstraße. Gertrode. 8 Uhr: Stadtpark.

Gralsleben. 3 Uhr: „Gambrius“. Halsberstadt. 3 Uhr: Gewerkschaftshaus. Kaiserlautern. 2 Uhr: bei Gies, Weichstr. 14.

Koburg. 2 Uhr: „Neue Welt“. Krefeld. 3 Uhr: „Volkshaus“.

Mannheim-S. 2 1/2 Uhr: im „Hodensteiner“, D. 2. 16. Neuhalbensleben. 3 Uhr: bei Herzog.

Paderborn. „Bavaria-Keller“. Saarbrücken. 3 Uhr: „Zur Schmalbe“, Weichstraße.

Mittwoch, den 12. Februar.

Kassel. 8 1/2 Uhr: „Philharmonie“. Wittenberge. Bei Raabe, Wilhelmstr. 4.

Freitag, den 14. Februar.

Stettin. 7 Uhr: Volkshaus.

Mutterkorn. Josef Urban Cham, Bayern. Kauf zum höchsten Tagespreis Richard Thiele, Niders- weien i. B. Chemnitz i. S. S. Inzertionspreis für Mitglieder und Zahlstellen: Nachrufe mindestens 2,70 Mk., über 9 Zeilen jede Zeile 30 Pf. mehr.